

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst vom 7. März 2024
– Drucksache 17/6366**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: EuroHPC-Initiative für Start-up-Unternehmen zur Stär-
kung der europäischen Führungsrolle auf dem Gebiet
der vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz
COM(2024) 29 final (BR 79/24)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom
7. März 2024 – Drucksache 17/6366 – Kenntnis zu nehmen.

10.4.2024

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Cornelia von Loga

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 17/6366, in seiner 30. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 10. April 2024. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Abg. Katrin Steinhilb-Joos SPD bat um Auskunft, ob es Überlegungen gebe, das Höchstleistungsrechenzentrum in Stuttgart zu einer KI-Fabrik bzw. einem KI-Ökosystem auszubauen.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP erkundigte sich, inwieweit abschätzbar sei, wie sehr Baden-Württemberg bei den Ausschreibungen von KI-Infrastrukturen profitieren könnte. Sie fuhr fort, Baden-Württemberg sei in Deutschland Vorreiter in Sachen KI. In diesem Zusammenhang sei z. B. der KI-Park zu nennen, der gerade in Heilbronn entstehe. Sie interessiere, wie groß der wirtschaftliche Nutzen

Ausgegeben: 23.4.2024

1

für Baden-Württemberg sein könnte und inwieweit die Landesregierung das Ganze noch weiter fördern wolle.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU fragte, ob dieses Vorhaben auch Quantencomputing umfasse und wie der Zugang von Small and Mediumsized Companies geregelt werde.

Abg. Felix Herkens GRÜNE brachte vor, grundsätzlich sei es sehr begrüßenswert, dass Baden-Württemberg mit dem IPAI, dem Standort in Tübingen und anderen Digital Hubs eine Vorreiterrolle im KI-Bereich einnehme. Eines der größten Probleme sei jedoch die Begrenztheit der Rechenpower. Es müsse oft auf Server im außereuropäischen Raum zurückgegriffen werden. Daher sei es gut, dass auf europäischer Ebene gemeinsam Abhängigkeiten verringert und Möglichkeiten für das Trainieren der KI-Systeme geschaffen würden. So werde verhindert, dass die Daten über Server im europäischen Ausland liefen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst erläuterte, Baden-Württemberg sei im Bereich des Supercomputing sehr gut aufgestellt. Das, was nun vorliege, sei zunächst einmal ein Vorschlag für eine Verwaltungsänderung. Die konkreten Ausschreibungen müssten noch abgewartet werden. Es sei anzunehmen, dass Baden-Württemberg beispielsweise mit dem Höchstleistungsrechenzentrum an der Universität Stuttgart (HLRS) schon einmal wesentliche Voraussetzungen erfülle, um an Ausschreibungen erfolgreich partizipieren zu können, wenn diese zu baden-württembergischen Bedarfen und Interessen passten.

Inwieweit Baden-Württemberg hier profitieren könne, sei derzeit schwer einzuschätzen, weil es immer auf die konkreten Ausschreibungen ankomme.

Die EuroHPC-Verordnungsänderung gehe nicht mit extra Mitteln der EU einher. Auch der Bund habe bereits signalisiert, dass er keine Möglichkeiten sehe, hier aufzustocken. Es werde daher zu Verschiebungen bei den Mitteln kommen, die schon bisher für den HPC-Bereich vorgesehen seien. Die weitere Konzentration auf die KI werde zulasten anderer Bereiche gehen.

Für KMU solle ein leichter Zugang realisiert werden. Die entsprechenden Regeln müssten allerdings noch definiert werden. Am Ausbuchstabieren dieser Regeln sei auch der Bund beteiligt. Dagegen sei das Land nur sehr indirekt beteiligt.

Quantencomputing spiele indirekt eine Rolle. So gebe es viele Forschungsgebiete mit Quantensensorik und Ähnlichem, die auf HPC-Verfahren aufbauten. Im Gesamtkontext von EuroHPC gebe es durchaus auch Quantencomputingförderungen. So werde derzeit beispielsweise in Garching bei München der erste EuroHPC-Quantencomputer installiert.

Wie angesprochen worden sei, sei die Rechenpower begrenzt. Es solle aber nicht in außereuropäischen Gebieten, sondern hier im geschützten Raum gerechnet werden. Zu den Höchstleistungsrechenkapazitäten, die nun stärker auf die KI-Bedarfe ausgerichtet würden, gebe es auch eine Roadmap, abgestimmt mit dem Bund, Nordrhein-Westfalen und Bayern. In naher Zukunft werde am Standort Jülich ein neuer Rechner installiert, der der größte KI-Rechner Europas werde. Die Roadmap sehe auch vor, dass das HLRS in zwei, drei Jahren mit einem stabilen System in ähnlicher Größenordnung nachziehe. Insofern sei es strategisch vorgesehen, HPC-Rechnerressourcen auch für KI-Anwendungsbereiche einzusetzen – jenseits der Aktivitäten, die im europäischen Schulterschluss im Rahmen von EuroHPC und den zu erwartenden Ausschreibungen gemacht würden.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/6366 Kenntnis zu nehmen.

16.4.2024

von Loga

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst
vom 7. März 2024****– Drucksache 17/6366****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: EuroHPC-Initiative für Start-up-Unternehmen zur Stärkung der euro-
päischen Führungsrolle auf dem Gebiet der vertrauenswürdigen künst-
lichen Intelligenz
COM(2024) 29 final (BR 79/24)****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom
7. März 2024 – Drucksache 17/6366 – Kenntnis zu nehmen.

13.3.2024

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Michael Joukov

Nese Erikli

BerichtDer Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet die Mitteilung
Drucksache 17/6366 in seiner 28. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokon-
ferenz stattfand, am 13. März 2024.Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst trug vor, mit der European
High Performance Computing Initiative (EuroHPC-Initiative) solle ein führen-
des Ökosystem für Höchstleistungsrechner in Europa etabliert werden. Die vor-
gesehene Änderung der EuroHPC-Verordnung solle es ermöglichen, spezifische
Rechenressourcenbedarfe und -services im Bereich der künstlichen Intelligenz zu
adressieren und insbesondere den Zugang für Start-ups sowie kleine und mittlere
Unternehmen zu erleichtern.Supercomputer böten in vielen Bereichen die Grundlage für den Einsatz rechenin-
tensiver Verfahren, insbesondere im Bereich künstlicher Intelligenz. Hiervon pro-
fitierten Forschung und Entwicklung in der Wissenschaft, aber auch in der Wirt-
schaft.Vom großer Bedeutung für den Standort Baden-Württemberg sei das Cyber Valley,
Europas größte KI-Forschungskoooperation. Wichtig sei aber auch, dass die Start-
up-Szene und das gesamte KI-Forschungsökosystem von der High Performance
Computing Initiative profitieren könne. Dafür lege die vorgesehene Verordnungs-
änderung die Grundlage.Ein Abgeordneter der Grünen wies darauf hin, die heutige Beratung falle zusam-
men mit zwei wichtigen Ereignissen in dem Zukunftsthema „Künstliche Intelli-
genz“. Zum einen habe an diesem Tag das Europäische Parlament mit der KI-
Verordnung den gesetzlichen Rahmen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz
in Europa beschlossen. Zum anderen finde heute das Richtfest für das KI-Exzel-

lenzzentrum in Ulm statt. Daran werde deutlich, dass das Land seinen Aufgaben in diesem existenziell wichtigen Zukunftsfeld gerecht werde. Dies solle auch weiterhin so bleiben.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP führte aus, schon dem Ende letzten Jahres beratenen EU-Arbeitsprogramm für 2024 sei zu entnehmen gewesen, dass es Planungen zur Öffnung der EuroHPC-Initiative für Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen geben solle. Dies erscheine seiner Fraktion als eine sinnvolle Weiterentwicklung des europäischen KI-Ökosystems.

Vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg in dem angesprochenen Bereich schon gut aufgestellt sei, stelle sich die Frage, wie die Synchronisation der verschiedenen Programme auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene vollzogen werden solle, in welcher Weise die Wissenschaftsministerin bzw. die Landesregierung in dieser Sache proaktiv auf die EU zugehe oder ob erst einmal darauf gewartet werde, dass die Europäische Union hier auf das Land zukomme.

Darüber hinaus interessiere ihn, ob bereits beziffert werden könne, inwieweit das Vorhaben mit einem weiteren Ausbau der Kapazität der Rechenleistungen einhergehe.

Eine Abgeordnete der SPD äußerte, das Vorhaben zur Stärkung der europaweiten Führungsrolle auf dem Gebiet der vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz sei grundsätzlich sehr positiv zu bewerten.

In dem Berichtsbogen der Landesregierung würden die erwarteten Folgen des EU-Vorhabens für das Land dargelegt. Dabei würden die Bedeutung von KI für die Entwicklung Baden-Württembergs hervorgehoben und bereits bestehende Institutionen und Aktivitäten der KI-Forschung und -Entwicklung im Land aufgeführt. Die Landesregierung bringe die Erwartung zum Ausdruck, dass die KI-Start-up-Szene, aber auch etablierte Unternehmen und das KI-Forschungsökosystem im Land in besonderem Maß von dem Vorhaben profitieren könnten. Sie bitte das Wissenschaftsministerium, hierauf noch konkreter einzugehen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst legte dar, die Synchronisierung der verschiedenen Programme und Aktivitäten im Bereich KI auf den verschiedenen Ebenen sei ein wichtiges Thema, das bereits seit langer Zeit angegangen werde. So finde im Rahmen der HPC-Landesstrategie, die schon seit knapp zwei Jahrzehnten existiere, eine Absprache mit dem Bund statt, um Synergien zwischen Landes- und Bundesebene zu erreichen.

Ein konkretes Beispiel sei das Höchstleistungsrechenzentrum in Stuttgart, das vom Bund und vom Land finanziert werde und sowohl national als auch auf Landesebene genutzt werde. Hierzu hätten Bund und Land eine gemeinsame Vereinbarung getroffen und befänden sich auch fortlaufend im Austausch.

Zur KI-Strategie habe das Bundesforschungsministerium die Position sehr klar gemacht, dass die Rechenressourcen für KI-Infrastrukturen gerade im Ausbau der HPC-Zentren gesehen würden. Hier gebe es zwischen Land und Bund einen stetigen Austausch und einen gemeinsamen Schulterschluss, auch in Richtung europäischer Ebene, wobei hier der Bund im Lead sei.

Wichtig sei, dass der Kapazitätsausbau bei den Rechenleistungen entsprechend der Bedarfe weiter vorangetrieben werde, was auch im Rahmen der HPC-Landesstrategie weiter verfolgt werde.

Seitens der europäischen Ebene gebe es nun die Initiative, dass bis zu 20 % der bestehenden Infrastrukturen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups geöffnet werden sollten, um diesen den Zugang zu erleichtern.

Daneben werde aber auch auf nationaler Ebene bei den drei Bundeshöchstleistungsrechenzentren sowie den nationalen Hochleistungsrechenzentren die Zugänglichkeit von KI-Infrastrukturen erleichtert.

Aus Landessicht sei es wichtig, nicht nur auf Computer, sondern auch auf Computing zu setzen. Auch in dem EU-Verordnungsvorschlag sei erkennbar, dass auf entsprechende Kompetenzen gesetzt werde. Baden-Württemberg verfüge in diesem Kompetenzbereich mit dem Höchstleistungszentrum Stuttgart über einen wichtigen Akteur, der im europäischen Umfeld die HPC-Zentren zusammenführe. Dadurch nehme das Land eine führende Rolle ein und sei intensiv in die Gespräche und Entwicklungen auf europäischer Ebene involviert.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst wies darauf hin, im Rahmen der EuroHPC-Initiative gebe es eine Ausschreibung für einen Industriesupercomputer. Hierzu werde es zunächst einige Informationsveranstaltungen geben. Danach werde in Abstimmung mit dem Bundesforschungsministerium geschaut, ob eine Art deutschlandweites Konsortium, auch unter Einbindung von Unternehmen, gebildet werden könne, das sich als Bewerber an der Ausschreibung beteilige.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/6366 zu empfehlen.

15.3.2024

Joukov